

## Tarifflicht kommt der Allgemeinheit teuer zu stehen

Tarifverträge sind eine tragende Säule der Tarifautonomie und unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung. Sie sind die Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Außerdem fördern sie Gleichbehandlung und Gerechtigkeit.

Mit Tarifvertrag haben die Beschäftigten im Schnitt 12 Prozent mehr in der Lohntüte. Außerdem gibt es mit Tarifvertrag öfter Urlaubs- und Weihnachtsgeld, mehr Urlaub, bessere Regeln bei Überstunden, Kurzarbeitergeld und bei der betrieblichen Altersvorsorge.

Doch immer weniger Beschäftigte in Deutschland sind durch einen Tarifvertrag abgesichert. Aktuell profitiert nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten.

Die sinkende Tarifbindung gefährdet jedoch nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sondern erzeugt auch enorme Kosten für die Allgemeinheit. Denn geringere Einkommen bedeuten gleichzeitig auch weniger Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Und auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer fallen geringer aus.

Laut der neuen Tarifflicht-Bilanz des DGB (siehe Abbildung) entgehen allein den Sozialversicherungen in Deutschland durch Tarifflicht und die entsprechend niedrigeren Löhne jährlich rund 43 Milliarden Euro an Beiträgen. Dazu kommen aus demselben Grund noch circa 27 Milliarden Euro weniger Einnahmen aus wegbleibender Einkommenssteuer. Insgesamt wirkt sich die fehlende Tarifbindung auch negativ auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus. Rund 60 Milliarden Euro hätten Beschäftigte mehr zur Verfügung, würde es eine flächendeckende Tarifbindung geben. Betrachtet man die Gesamtkosten der Tarifflicht, belaufen sich diese auf 31 Milliarden Euro im Osten und 99 Milliarden Euro im Westen.

Dieser Zustand ist inakzeptabel und muss aktiv bekämpft werden. Deshalb setzt sich der DGB

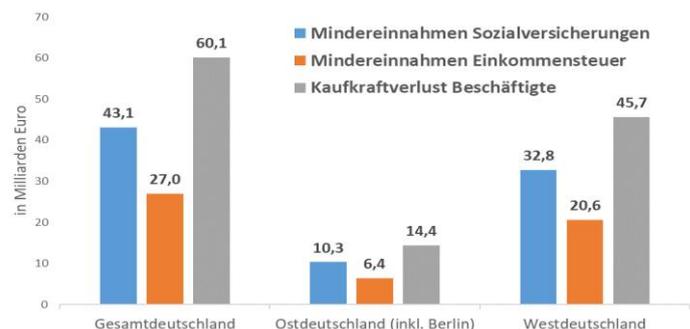
weiterhin dafür ein, dass die Tarifflicht bekämpft wird. Wir brauchen eine Wende hin zu mehr Tarifbindung – eine Tarifwende!

Auch die Arbeitgeber müssen dafür in die Pflicht genommen werden. Mitgliedschaften in Verbänden „ohne Tarifbindung“ (OT) müssen zurückgedrängt werden. Die Mitgliedschaft in einem Verband geht auch mit einer Verantwortung zu Fairness und Tarifpartnerschaft einher. Außerdem muss die Allgemeinverbindlicherklärung für Tarifverträge gestärkt werden, damit Tarifverträge einfacher auf alle Unternehmen einer Branche Anwendung finden können.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, durch ein Bundestariftreugesetz, neue Regeln für die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen und durch ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften in Betrieben für mehr Tarifbindung und Tarifier Anwendung zu sorgen. Dies muss nun alles schnell auf den Weg gebracht werden. Die Bundesregierung hat zudem noch genau ein Jahr Zeit, um die europäische Mindestlohnrichtlinie umzusetzen, die einen „Aktionsplan zur Förderung der Tarifbindung“ vorschreibt.

Der DGB wird in den kommenden Jahren nicht lockerlassen, um die Tarifbindung zu stärken und startet dazu eine Kampagne. Mehr Infos unter: [www.tarifwende.de](http://www.tarifwende.de).

Jährliche Schäden der Tarifflicht in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage Sonderauswertung Statistisches Bundesamt, VSE 2022